

Eidg. Finanzverwaltung
Bundesgasse 3
3003 Bern

Liebefeld, 18. Mai 2010

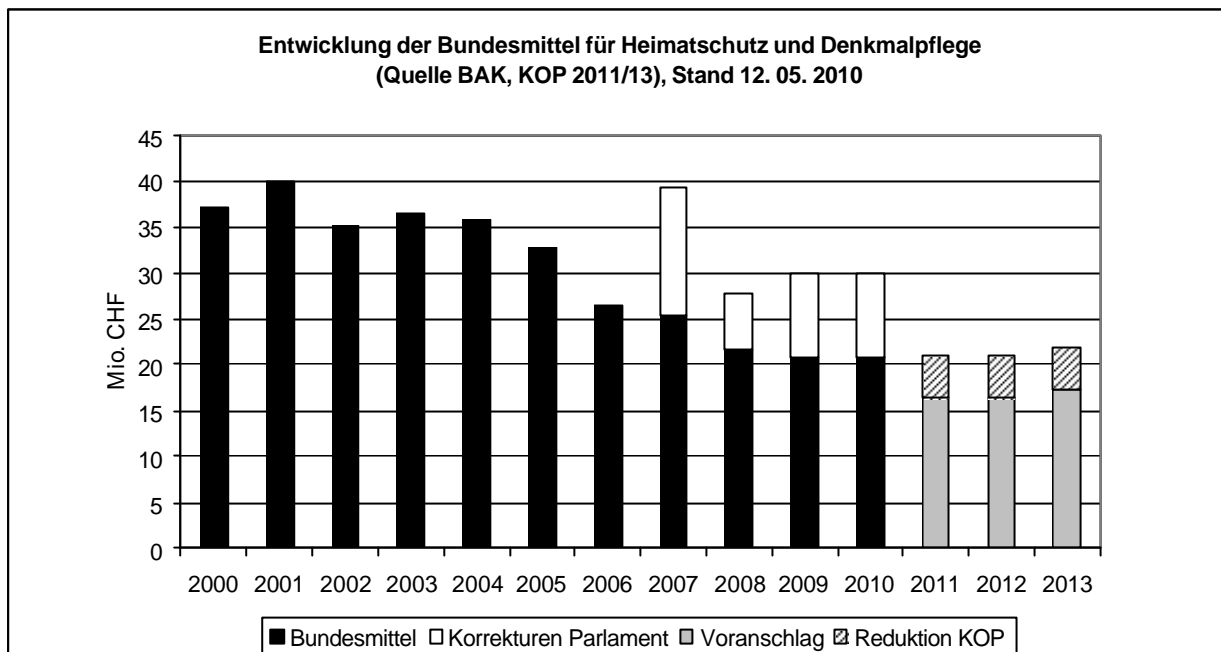
Vernehmlassung zu Konsolidierungsprogramm und Aufgabenüberprüfung Stellungnahme der Nationalen Informationsstelle für Kulturgüter-Erhaltung NIKE

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Nationale Informationsstelle für Kulturgüter-Erhaltung NIKE – eine Plattform von 34 Mitgliederorganisationen, denen ca. 60 000 Mitglieder angehören – setzt sich intensiv mit dem schweizerischen kulturellen Erbe und dessen Erhaltung auseinander. Darum erlauben wir uns, zum Konsolidierungsprogramm 2011-13 (KOP 11/13) und zur Aufgabenüberprüfung des Bundes (AÜP) Stellung zu nehmen.

A. Grundsätzliches

- Der Bereich Heimatschutz und Denkmalpflege ist bei der Einführung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) als **Verbundaufgabe** bestätigt worden. Bund und Kantone beteiligen sich gemeinsam an den Massnahmen zur Erhaltung von schützenswerten Objekten.
- Will der Bund seiner Verantwortung nachkommen und zumindest an die Baudenkmäler und die archäologischen Denkmäler von nationaler Bedeutung den gesetzlich vorgesehenen Beitrag von 25 % leisten, so beträgt der Bedarf für Finanzhilfen nachweislich CHF 60 Mio. pro Jahr.
- Nachdem die Bundesmittel der Jahre 1993–2004 von durchschnittlich CHF 38 Mio. pro Jahr ab 2005 auf rund 28 Mio. zurückgefahren wurden (Entlastungsprogramm 2003, Umverteilungen innerhalb des Bundesamtes für Kultur BAK) und für die Periode 2008–2011 auf durchschnittlich noch knapp 21 Mio. veranschlagt wurden, sprachen sich National- und Ständerat erfreulicherweise in den Budgetdebatten 2007, 2008 und 2009 jeweils für eine Erhöhung aus (siehe Grafik). Trotzdem will der Bundesrat die dringend notwendigen Beiträge für die Jahre 2011 bis 2013 erneut kürzen. Dieses Vorgehen ist in höchstem Masse unverständlich.



- Im Bericht zum Konsolidierungsprogramm vom 14. April 2010 (Ziffer 2.2.14, S. 80) hält der Bundesrat fest, dass die veranschlagten CHF 21 Mio. um CHF 4,6 Mio. gekürzt werden sollen, jedoch ohne zu erwähnen, dass bereits in der laufenden Finanzperiode die Mittel gekürzt wurden. Mit einem solchen Vorhaben ist die Erfüllung der Verbundaufgabe ernsthaft in Frage gestellt. Die verbleibenden Finanzhilfen reichen bei weitem nicht aus, um die Beteiligung des Bundes sicherzustellen. Diese Austrocknung einer der wichtigsten Kulturbereiche ist inakzeptabel.
- Der Bundesrat sieht gemäss Bericht Sparmöglichkeiten bei einer effizienteren Steuerung und Abwicklung, ohne diese jedoch explizit darzustellen. Steuerung und Abwicklung sind Aufgaben der Fachstellen des Bundes und Kantone, die nicht über die zur Diskussion stehenden Budgetposten finanziert werden. Das Argument zielt deshalb ins Leere.
- Abschliessend hält der Bericht fest, dass «die Kantone zwar betroffen sind, sie die Möglichkeit hätten, ihr Förderniveau den tieferen Bundesmitteln anzupassen». Dies widerspricht erstens einem der Grundsätze des KOP entschieden: **«Möglichst keine Lastenabwälzungen auf die Kantone»**. Zweitens haben bereits die früheren Kürzungen zu einer problematischen Entwicklung geführt, denn dem Rückgang der Bundesmittel stehen zahlreiche Erhaltungsmassnahmen gegenüber, die dringend an die Hand genommen werden müssten. Die Gesuche der Kantone übersteigen die Mittel des Bundesamts für Kultur BAK, Sektion Heimatschutz und Denkmalpflege, bei weitem. Gesuche, die bisher nicht berücksichtigt werden konnten, wurden auf spätere Finanzperioden vertröstet. Die Schäden an den Schutzobjekten und damit die Sanierungskosten nehmen zu. Gleichzeitig wird die Warteliste der Gesuche immer länger, weil das Gleichgewicht zwischen Beiträgen und Gesuchen aus den Jahren vor 2004 nicht mehr vorhanden ist. Der Überhang führt unweigerlich zum teilweisen oder vollständigen Verlust wertvoller Bauten und archäologischer Denkmäler. Es droht ein exponentiell wachsender Schaden an Baudenkmalern. Denkmäler brauchen – wie die Zähne – eine **regelmässige Pflege!**
- Mit einer solchen Haltung gegenüber der Verbundaufgabe Heimatschutz und Denkmalpflege sendet der Bundesrat ein **bedenkliches Signal an die Kantone, Städte und Gemeinden**, die mit Finanzdefiziten zu kämpfen haben. Im Kanton Luzern wurden beispielsweise die Finanzmittel für die Denkmalpflege bereits um 20 % gekürzt.

- **Denkmäler haben eine Mehrheit:** Der Besuch historischer Stätten und Denkmäler sowie von Konzerten und Kinos sind die beliebtesten kulturellen Aktivitäten. Gut zwei Drittel der Bevölkerung nehmen das entsprechende Angebot wahr. Dies zeigen die Resultate der repräsentativen Umfrage zu den kulturellen Aktivitäten der Menschen in der Schweiz, die das Bundesamt für Statistik BFS im Auftrag des Bundesamtes für Kultur BAK im Jahr 2008 durchführte.
- Leidtragende der Subventionskürzungen der vergangenen Jahre sind in erster Linie die privaten Eigentümerinnen und Eigentümer von Baudenkmalern, obschon sie für die Mehrheit der schützenswerten Gebäude Verantwortung tragen. Forderung: **PrivateigentümerInnen dürfen nicht bestraft werden!**
- In wirtschaftlich schwierigen Zeiten wirken sich Aufträge im Bereich Denkmalpflege insbesondere bei KMU's **konjunkturfördernd** aus. Solche Aufträge werden in der Regel nicht von grossen Baufirmen, sondern von kleineren und mittleren Unternehmen, qualifizierten Handwerkern und Spezialisten wahrgenommen, die über das erforderliche Fachwissen für die Erhaltung von Kulturgütern verfügen. Mit schwindenden Mitteln droht ein grosser Verlust an Know-how, welches nur schwer und teuer wieder zu beschaffen wäre.
- Der **Tourismus** ist ein bedeutender Wirtschaftszweig in der Schweiz (Beitrag zum Bruttoinlandprodukt 5,1 %, 335'000 Arbeitsplätze). Die Tourismuswerbung basiert auf eindrücklichen Bildern der Schweiz. Darum stellen unsere Ortsbilder und Baudenkmäler zusammen mit der Landschaft das wichtigste Kapital dieser Branche dar und sind für das Tourismusmarketing von herausragender Bedeutung. Wird bei Heimatschutz und Denkmalpflege geknausert, schwächen wir auf lange Sicht eine wichtige wirtschaftliche Basis. Negative Spätfolgen der kurzfristigen Sparpolitik sind absehbar.
- Mit einer Stärkung des Bereiches Heimatschutz und Denkmalpflege würde der Bund die Wichtigkeit der Erhaltung von Kulturgütern betonen und damit motivierend auf **private Vergabestiftungen** wirken, die innovative Projekte unterstützen, aber nicht Lückenbüsser für eine geizige Kulturpolitik sein wollen. Vergabestiftungen sind in der Regel auf die fachliche Begleitung von Restaurierungsvorhaben durch die Fachstellen für Denkmalpflege angewiesen. Letztere bilden einen Garanten für Qualität.
- Im Bereich Landschaftsschutz wird nach offizieller Bundespolitik eine Verdoppelung der Mittel angestrebt (Bericht Landschaft 2020, Buwal 2003). Landschaft heisst aber auch Kulturlandschaft, von der unsere höchst vielfältigen Baudenkmäler ein nicht wegzudenkender Bestandteil sind. Das Bundesamt für Raumentwicklung ARE und das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO streben an, eine qualitativ hochwertige Siedlungsentwicklung zu fördern. Dazu gehört auch die Erhaltung der Baudenkmäler, was wiederum nur mit ausreichenden Finanzhilfen gelingt. Mit ungenügenden Mitteln ist zu befürchten, dass die von der Schweiz unterzeichneten Übereinkommen vom 3. Oktober 1985 zum Schutz des baugeschichtlichen Erbes in Europa (Konvention von Granada) sowie vom 16. Januar 1992 zum Schutz des archäologischen Erbes (Konvention von Malta) nicht erfüllt werden können. **Wir fordern eine kohärente und glaubwürdige Politik des Bundes!**

B. Antrag

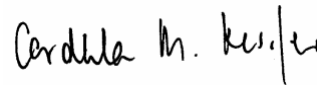
Aufgrund der obigen Darlegungen bitten wir den Bundesrat eindringlich, sich für das identitätsstiftende und damit staatstragende kulturelle Erbe der Schweiz einzusetzen, von einer erneuten Budgetkürzung im Bereich Heimatschutz und Denkmalpflege abzusehen, die nachweislich dringend benötigten Mittel auf mindestens CHF 30 Mio. zu erhöhen und somit eine glaubwürdige Haltung gegenüber der Verbundaufgabe Heimatschutz und Denkmalpflege einzunehmen.

Wir danken Ihnen für die Aufmerksamkeit, die Sie unseren Anliegen entgegen bringen, und bitten Sie, unsere Stellungnahme eingehend zu prüfen.

Freundliche Grüsse



Dr. Hans Widmer, Nationalrat
Präsident des Vereins NIKE



Dr. Cordula M. Kessler
Leiterin der NIKE

Kopie Bundesrat Didier Burkhalter
Jean-Frédéric Jauslin, Direktor Bundesamt für Kultur BAK
Johann Mürner, Bundesamt für Kultur BAK, Chef Sektion Heimatschutz und Denkmalpflege